

Patienten sollen Impfstatus der Pfleger kennen

Die Patientenbeauftragte der Bundesregierung fordert eine berufsbezogene Impfpflicht.

VON NORBERT WALLET

BERLIN. Wegen der stark steigenden Corona-Inzidenzen hat die Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Claudia Schmidtke (CDU), die Ampelkoalitionäre aufgefordert, sich auf eine berufsbezogene Impfpflicht zu verständigen. Die noch geschäftsführend im Amt befindliche Patientenbeauftragte sagte dem Stuttgarter Nachrichten und der Stuttgarter Zeitung, sie erwarte von SPD, Grünen und FDP, „dass sie sich schnell auf die Verpflichtung zu einer berufsbezogenen, besser noch einrichtungsbezogenen Impfung verständigen“.

Auch sie hätte sich gewünscht, dass eine solche Impfpflicht nicht notwendig werde. „Die Aufklärung, die Anreize und die niedrigschwellige Impfangebote der vergangenen Monate haben aber leider nicht gereicht, dass alle Beschäftigten in den Pflege- und Gesundheitseinrichtungen mit direktem Patientenkontakt ihrer besonderen persönlichen Verantwortung gegenüber den ihnen anvertrauten Schutzbedürftigen durch eine Impfung nachkommen“, sagte Schmidtke. Wohl wissend, dass gerade die Pflegekräfte bis an den Rand der Erschöpfung gearbeitet hätten, sollte dennoch „in Anbetracht der aktuell eskalierenden pandemischen Lage nun als letztes Mittel eine Impfpflicht nicht nur zum Schutz der Patienten, sondern auch zum Schutz aller Beschäftigten in den jeweiligen Einrichtungen umgesetzt werden“.

Als „alternativen Schritt bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden Regelung“ bringt Schmidtke „eine Transparenzofferte hinsichtlich des Impfstatus der Beschäftigten seitens der Einrichtungen im Gesundheitswesen gegenüber Patientinnen und Patienten und Pflegebedürftigen“ ins Spiel. Manche Einrichtungen würden schon damit werben, dass die Mitarbeiter geimpft seien.

Das Zitat des Tages



„Ich glaube, dass sich aus dem christlichen Menschenbild eine soziale Verantwortung ergibt.“

Helge Braun, Geschäftsführender Kanzleramtschef

Kurz berichtet

Armenien: ein Toter bei Grenzgefecht

BAKU/ERIWAN. Nach Gefechten im Grenzgebiet zu Aserbaidschan beklagt Armenien den Tod eines Soldaten sowie die Gefangennahme mehrerer Männer. Das Verteidigungsministerium in Eriwan teilte mit, es seien sieben Soldaten und fünf Wehrdienstleistende von Aserbaidschan gefangen genommen worden. *dpa*

Zertifizierung für Nord Stream 2 vorläufig ausgesetzt

DÜSSELDORF. Rückschlag für die Betreiber der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2: Die Bundesnetzagentur hat ihr Verfahren zur Zertifizierung der Doppelröhre vorläufig ausgesetzt. Die Nord Stream 2 AG mit Sitz in der Schweiz wolle nun eine Tochtergesellschaft nach deutschem Recht nur für den deutschen Teil der Leitung gründen. *rtt*

ICE-Messerattacke: islamistisches Motiv möglich

MÜNCHEN/SEUBERSDORF. Nach dem Messerangriff im ICE Passau-Hamburg schließen die Ermittler einen islamistischen Hintergrund für die Tat nicht mehr aus. Bei dem Beschuldigten seien Propagandavideos der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) gefunden worden, teilte die Generalstaatsanwaltschaft München am Dienstag mit. *dpa*

Was Klimaschutz den Staat kostet? Im Grunde nichts, lautete die Antwort der angehenden grün-schwarzen Koalitionäre im Frühjahr. Das werde mithilfe von ordnungspolitischen Instrumenten gesteuert. Regeln also, die ehrlicher Weise vor allem regeln, wer was bezahlen soll.

Mit dem im Oktober verabschiedeten Klimaschutzgesetz hat die Landesregierung das bereits eingelöst. Zwar enthält es auch einige Selbstverpflichtungen für die Landesverwaltung, die geplanten Windräder im Land sollen aber möglichst Investoren bauen. Und die Fotovoltaikpflicht auf Wohngebäuden beispielsweise wendet sich an Hauslehaber – und in der Folge auch an die Mieter.

Doch mit den inzwischen steigenden Strom- und Gaspreisen scheint den Bürgern im Land mehr und mehr zu dümmern, wohin eine solche Politik führen kann. Das zumindest legt der aktuelle BaWü-Check der baden-württembergischen Tageszeitungen nahe. Mehr als die Hälfte (53 Prozent) der Befragten erwarten eine große finanzielle Belastung durch Klimaschutzmaßnahmen. Gleichzeitig sind ebenso viele überhaupt nicht bereit, für Klimaschutz etwa mit höheren Energiepreisen auch mehr zu zahlen.

Nun steht außer Frage, dass mehr Klimaschutz notwendig ist. Und es steht außer Frage, dass Nichtstun in dieser Sache auf

Leitartikel

Grün-Schwarz überzeugt nicht

Der Rückhalt für die aktuelle Koalition im Land bröckelt. Das hat auch mit fehlenden Antworten zu tun.

VON ANNIKA GRAH



lange Sicht noch erheblich mehr Kosten verursachen wird.

Aber die mit dem Klimaschutz verbundenen sozialen Folgen bleiben zumindest bei der Landesregierung bislang unterbeleuchtet. Am Beispiel Fotovoltaik wäre etwa die Frage, ob die Mieter wirklich einen Nutzen davontragen, wenn nach einer Dachsanierung eine Anlage Pflicht ist. Und ob die niedrigeren Stromkosten eine mit einer solchen Investition verbundene Mieterhöhung aufwiegen könnten. Eine Frage, die sich immerhin etwa die Hälfte der Bevöl-

kerung im Land stellen dürfte, die zur Miete wohnt. Doch auch wer im Eigentum lebt, ist nicht unbedingt reich. Ältere Menschen ohne finanzielle Rücklagen etwa, die eine solche Investition auf ihrer eigenen Immobilie vielleicht gar nicht stemmen können. Denn welche Bank gibt einem 78-Jährigen einen Kredit? Antworten auf diese Fragen bleibt Grün-Schwarz schuldig.

Das Zuhören scheint der Landesregierung nicht mehr zu gelingen.

Die Quittung ist deshalb auch nicht verwunderlich. Der Rückhalt für die grün-schwarze Koalition bröckelt. Weniger Menschen als noch bei der jüngsten Umfrage im Juli finden

Grün-Schwarz gut, deutlich mehr hätten gern auch eine Ampel im Land. Dabei kann die Landes-SPD bei den Baden-Württembergern nach wie vor keine Sympathiepunkte sammeln. Und auch das Bild des in den vergangenen Jahren so beliebten Winfried Kretschmann scheint Kratzer zu bekommen. Weniger Befragte als im Juli halten ihn noch für unverzichtbar und finden, dass es er die volle Amtszeit regieren sollte. Mehr als ein Drittel sagen, er sollte seinen Posten schon früher an einen Nachfolger abgeben.

Wenn Politiker aber mitten in einer Krise für so austauschbar gehalten werden, lässt sich das nur so interpretieren, dass sie an den wirklichen Nöten und Sorgen der Bürger derzeit vorbeiregieren. Die aktuelle Coronapolitik war zwar nicht Teil der Umfrage. Insofern lässt sich an der Stelle nur mutmaßen. Aber bundesweit steigt die Unzufriedenheit mit der zuletzt abwartenden Haltung der Politik und auch damit, dass Verantwortung zwischen Bund und Ländern hin- und hergeschoben wird. Wer führen will, muss Antworten liefern – und kann nicht mit dem Finger auf andere zeigen.

Wer aber Antworten liefern will, muss zunächst zuhören. Und das scheint der Landesregierung und auch Winfried Kretschmann, der einst die Politik des Gehörtwerdens installierte, nicht mehr gut zu gelingen.

Ampelgespräche gehen auf die Zielgerade

SPD, Grüne und FDP versuchen, Zweifel am Fortkommen der Koalitionsverhandlungen zu zerstreuen, und loben demonstrativ die „konstruktive Atmosphäre“. Es bleibt beim Zeitplan: Der Vertrag soll bald stehen und Olaf Scholz nach dem Nikolaustag zum Kanzler gewählt werden.

VON THORSTEN KNUF

BERLIN. Ungeachtet aller Konflikte in Sachfragen gehen die Ampelparteien davon aus, dass sie ihren Zeitplan für die Regierungsbildung halten können. Die Gespräche kämen gut voran, in der kommenden Woche solle der Koalitionsvertrag stehen und in der Woche nach Nikolaus Olaf Scholz (SPD) im Bundestag zum neuen Kanzler gewählt werden, bekräftigten die beiden Generalsekretäre Lars Klingbeil (SPD), Volker Wissing (FDP) sowie Grünen-Bundesgeschäftsführer Michael Kellner am Dienstag bei einem gemeinsamen Auftritt in Berlin.

Seit Anfang der Woche tagt die Hauptverhandlungsrunde der drei Parteien. Sie sollen die Textentwürfe, die die

22 Arbeitsgruppen der Fachpolitiker zuvor abgeliefert hatten, zu einem Gesamtvertrag zusammenfügen und noch strittige Punkte klären. „Wir sind gestern sehr gut vorangekommen in einer konstruktiven und guten Atmosphäre – ein bisschen schneller, als ich erwartet hatte“, sagte FDP-

Parteiemanager Wissing. SPD-Generalsekretär Klingbeil sagte, im Gesamtvertrag werde „natürlich auch geklärt, welche Partei welches Ressort bekommt“ – also wer welches Ministerium besetzen darf.

Weitere Gespräche in der Hauptverhandlungsrunde und auf der Ebene der Generalsekretäre sind bislang für Mittwoch, Freitag und den kommenden Montag geplant. Am Dienstag sollten die Gespräche „bis ultimo“ geführt werden, sagte Wissing – also bis spät in den Abend oder bis in die Nacht.

Mit ihrem Auftritt traten die drei Parteivertreter dem Eindruck entgegen, dass es bei den Verhandlungen gewaltig knirscht und die angestrebte Koalition womöglich gar nicht zustande kommen könnte. Vor allem



Halten sich strikt an das Gebot der Vertraulichkeit über den Verhandlungsstand: (von links) Michael Kellner (Grüne), Lars Klingbeil (SPD) und Volker Wissing (FDP). Foto: AFP/John MacDougall

Cannabis-Legalisierung soll 4,7 Milliarden Euro bringen

Geldsegen Die Ampel plant wohl für die kommende Legislaturperiode eine Cannabis-Legalisierung – Konkretes ist dazu aber nicht bekannt. Der designierte Kanzler Olaf Scholz hatte zumindest vergangene Woche bei einer Regierungspressekonferenz auf Nachfrage zu einer Cannabis-Steuer nicht dementiert. Eine solche Steuer könnte, wie eine aktuelle Studie des Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE) der Uni Düsseldorf

zeigt, ein Mehr an 4,7 Milliarden Euro pro Jahr in den Haushalt bringen.

Cannabis-Steuer Im Wesentlichen kommt diese Summe durch zusätzliche Steuereinnahmen und geringere Polizei- und Justizkosten zustande. Der größte Posten wäre mit 1,8 Milliarden Euro eine Cannabis-Steuer – bis zu 4,50 Euro pro Gramm, das auf dem Schwarzmarkt derzeit etwa zehn Euro kostet. Dazu kommen, neben einigen kleine-

ren Posten, 650 Millionen Euro durch die Umsatzsteuer und 526 Millionen Euro durch zusätzliches Sozialversicherungsaufkommen. Denn, so die Berechnungen, eine legale Cannabis-Industrie würde 27 600 zusätzliche Vollzeitbeschäftigte bringen. Den Mehreinnahmen stünden laut der Studie geringere Kosten bei der Polizei (mehr als eine Milliarde Euro), in Gefängnissen (41 Millionen) und vor Gericht (272 Millionen) gegenüber. *fga*

die Grünen-Führung hatte sich in den vergangenen Tagen mehrfach öffentlich unzufrieden über den Fortgang der Gespräche geäußert und auch nicht ausgeschlossen, dass eine Verlängerung nötig sein wird.

Grünen-Geschäftsführer Michael Kellner sagte am Dienstag, bei den Verhandlungen gehe Gründlichkeit vor Schnelligkeit. „Es ist noch manches dicke Brett zu bohren.“ Doch auch Kellner betonte, dass nach Möglichkeit im Laufe der kommenden Woche der Vertrag vorliegen solle. Wann genau das sein könnte, ist offen. SPD und FDP wollen Parteitage über den Vertrag abstimmen lassen, die Grünen planen eine Mitgliederbefragung.

Als besonders strittig gelten die Themen Klima- und Finanzpolitik. Die drei Parteivertreter lehnten es bei ihrem Auftritt aber erneut ab, zu inhaltlichen Fragen Stellung zu nehmen, und verwiesen auf die vereinbarte Vertraulichkeit. Sie wollten sich auch nicht zum Schlingenkurs der Ampelparteien in der Coronapolitik äußern und verwiesen stattdessen auf die Fraktionen im Bundestag.

Am Donnerstag soll das Parlament Änderungen am Infektionsschutzgesetz beschließen und nach dem Willen der drei Partner die epidemische Lage von nationaler Tragweite beenden – trotz explodierender Infektionszahlen. Das Coronamanagement soll überwiegend in die Hand der Länder gelegt werden. Am Montag hatten SPD, Grüne und FDP angesichts der dramatischen Lage ihre Pläne hektisch verschärft, nachdem sie sie wochenlang verteidigt hatten. Nun soll es doch die Möglichkeit von Kontaktbeschränkungen geben, in Bussen und Bahnen soll künftig 3G gelten. Ebenfalls am Donnerstag findet eine Ministerpräsidentenkonferenz mit der geschäftsführenden Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zur Pandemielage statt.

„Es ist noch manches dicke Brett in den Gesprächen zu bohren.“

Michael Kellner, Geschäftsführer der Grünen

Die Tomicek-Karikatur



Hoffnungsträger

Friedrich Merz erklärt offiziell seine Kandidatur

Der CDU-Politiker hat sein Team vorgestellt, darunter die Bundestagsabgeordnete Christina Stumpp aus Waiblingen.

BERLIN. Der frühere Unions-Fraktionschef Friedrich Merz hat am Dienstagmittag offiziell seine Kandidatur für den CDU-Bundestagsvorsitz erklärt und sein engeres Team vorgestellt. Als Kandidat für das Amt des Generalsekretärs schlug Merz am Dienstag den Berliner Bundestagsabgeordneten Mario Czaja vor.

Zudem will Merz eine Stellvertretung des Generalsekretärs, wofür die CDU zunächst aber ihre Satzung ändern müsste. Für dieses Amt schlägt Merz die Bundestagsabgeordnete Christina Stumpp vor. Die Verwaltungswirtin hat bei der Bundestagswahl im Wahlkreis Waiblingen das Direktmandat errungen. „Die CDU muss jünger, weiblicher, moderner werden. Ich bin überzeugt, dass wir dabei die CDU gemeinsam mit Friedrich

Merz wieder auf Kurs bringen werden“, sagte sie am Dienstag unserer Redaktion.

Zudem im Rennen um den CDU-Vorsitz sind der Außenpolitiker Norbert Röttgen, der wie Merz aus Nordrhein-Westfalen kommt, und der bisherige Kanzleramtschef Helge Braun aus Hessen. Die CDU führt nach der Niederlage bei der Bundestagswahl am 4. Dezember erstmals eine Mitgliederbefragung durch, wer neuer Parteichef werden soll. Antreten kann nur, wer von einem Landes-, Bezirks- oder Kreisverband oder einer der CDU-Bundesvereinigungen nominiert wird. Die Nominierungsfrist läuft am Mittwoch aus. Erhält keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, folgt ab dem 29. Dezember eine Stichwahl der beiden Erstplatzierten. *rtt*